# Völkerbund und wirtschaftliche Zukunft

Autor(en): **Gygax, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **22 (1919-1920)**

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-750126

**Nutzungsbedingungen**

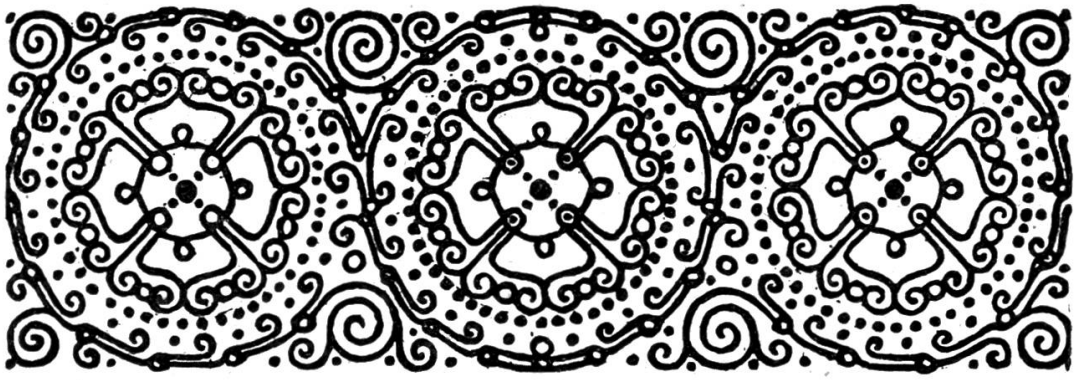
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**



# VÖLKERBUND UND WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT

Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund bildet für Industrie und Handel eine Frage allererster Ordnung. Vier Jahre Kriegswirtschaft mit unerhörten Hemmungen und Einschränkungen des wirtschaftlichen Verkehrs brachten vor Allem den direkt Beteiligten zum Bewusstsein, was es heißt, eine Außenseiter-Stellung einnehmen und von der Gnade und Ungnade des Auslandes und den Launen einiger Bureaukraten in den Ministerien fremder Staaten abhängig zu sein. Für die Kreise des Handels und der Industrie, die täglich den Zusammenhang mit der Welt haben, konnte nie ein Zweifel bestehen, dass die Schweiz mit ihrer grenzenlosen wirtschaftlichen Abhängigkeit einerseits und der gewaltigen Exportquote anderseits dem Völkerbund angehören muss, soll ihre Stellung als Ausfuhrstaat par excellence nicht unberechenbaren Schaden nehmen.

Die Gegner des Völkerbundes freilich geben sich keine Rechenschaft darüber, was ein Fernbleiben vom Völkerbund für unsere nationale Wirtschaft bedeuten würde. Da wird jeweilen in der Volksversammlung, die naturgemäß die ganze Tragweite des Problems, das eine so stark fachliche Seite hat, nicht zu ermessen vermag, von den Gegnern mit einer durch keine Sachkenntnis getrübten Unverfrorenheit gewöhnlich gesagt, diese wirtschaftliche Seite habe lange nicht die Bedeutung, die ihr die Anhänger beimessen; es sei im Kriege auch gegangen und es werde, wenn wir nicht beitreten, „auch so gehen".

Die Situation, welche der Krieg in der Wirtschaft Europas zurückgelassen hat, ist eine missliche, in verschiedenen Ländern

beinahe trostlose. Der Stand der Wechselkurse und der ganze Tatsachenkomplex der Handelsbilanz und Zahlenbilanz sprechen eine eindringliche Sprache. Nur ein Bund der Völker, der auch die wirtschaftlichen Schäden der Krieges im Laufe der Jahre allmählich zu heben sucht, vermag den völligen Niederbruch der Wirtschaft aufzuhalten.

Das Wechselkursproblem ist heute noch so drückend wie vor einem halben Jahre, nachdem, wie sich jetzt herausstellt, die leichte Besserung des Markkurses zum großen Teile Zufallsmomenten zuzuschreiben ist. Und was ist denn schließlich aus der ersehnten amerikanischen Kredithilfe geworden? Sozusagen nichts. Und was für Hoffnungen hat man auf die Unterstützung Amerikas gesetzt, die vor einem halben Jahre noch im Mittelpunkt aller finanziellen und wirtschaftspolitischen Erörterungen stand! Allein schon die Tatsachen des Kredites und der Staatsfinanzen, die Probleme von nie geahnter Größe darstellen, sollten den Gedanken der wirtschaftlichen Solidarität aufkommen lassen in Anbetracht der Internationalität des Finanz- und Valutaelendes.

Das Valútaproblem, die Möglichkeit eines partiellen Staatsbankrottes in einigen Ländern, die Gefahr der Devalvation (gesetzliche Herabsetzung des Nennwertes der Mark oder der Krone), die Frage der Anerkennung der Goldklausel für gewisse Schuldverpflichtungen, die umfangreichen Auslandsguthaben der Industrie und des Großhandels, die großen Auslandsanlagen einer Anzahl schweizerischer Banken und finanzieller Trustgesellschaften, die Situation unserer Grenzbanken, all' das sind Tatsachen, die schwer auf unserer Volkswirtschaft lasten. Wie wäre nun die Schweiz daran, wenn sie auch bei der Regelung dieser Finanz- und Valutafragen keinen Anschluss an einen fast die ganze Welt umfassenden Völkerbund hätte, sondern isoliert dastände? Würde uns Deutschland, um das es sich hier wesentlich handelt, mehr entgegenkommen, wenn wir außer der großen Völkergemeinschaft ständen, der es selber zustrebt? Wohl kaum. Die Frage der Devalvation und der Goldklausel, mit der in Deutschland gelegentlich gar nicht so einflusslose Kreise spielen, ist aber für die Schweiz eine solche von unabsehbarer Tragweite. Wir lassen es bei diesen Andeutungen bewendet sein, wollen aber immerhin darauf hinweisen, dass nächster Tage eine vom Bundesrate bestellte Kommission nach Deutschland

reist, um zum Rechten zu sehen. Die Schädigungen, die wir aus dem Besitzstand ausländischer Werte, speziell der deutschen, erleiden, gehen in viele Millionen. Doch mit solchen Tatsachen kann man ja keiner Volksversammlung kommen, für den Nationalökonomen fallen sie aber erheblich in Betracht. Die Wirkungen so gewaltiger Vermögens- und Zinsverluste treten im Konsum schon recht sichtbar zutage.

Und welche Wirkung hätte unsere vollständige Isolierung, wenn es sich darum handelt, für uns die praktischen Konsequenzen aus dem Versailler Friedensvertrage zu ziehen, wenn wir den Franzosen gegenüber mit Festigkeit und Ruhe sagen müssen: Wir wollen unsere deutschen Guthaben nicht an zweite oder dritte Stelle gesetzt sehen, wir müssen bei unserem engen Wirtschaftszusammenhang mit Deutschland von unserem Gläubiger, unbekümmert um seine Leistungen an Frankreich, Zahlung erhalten. Haben wir bei Fragen dieser Art, die sich erheben werden, nicht eine festere Stellung gegenüber diesen Ländern, wenn wir zu den ursprünglichen Mitgliedern des Völkerbundes gehören?

Die Sozialdemokratie sieht über die Schwierigkeiten unserer nationalen Wirtschaftsstellung so bewusst hinweg wie über jene der Unternehmerstellung. Ihre Presse, die sich einbildet, das innerste Wesen des Kapitalismus zu kennen, kennt die schwierigen Voraussetzungen der industriellen Unternehmung nicht; sie stellt auf rein äußerliche Merkmale ab und regt sich bereits auf, wenn eine Aktiengesellschaft bei der heutigen vollständig veränderten Kapitalisierungsbasis acht Prozent Dividende herauswirtschaftet. Die tieferen Zusammenhänge des modernen ökonomischen Kampfes bleiben der sozialistischen Presse anscheinend verborgen; sie ignoriert das Risiko, die beim normalen Unternehmen sich immer mehr verringernde Gewinnmarge, das ganze Konjunkturproblem, die Zufälligkeiten, denen der Rohstoffeinkauf unterworfen ist. Die Tragfähigkeit der Industrie wird ebenso maßlos überschätzt, wie die des Steuerzahlers. Soziale Lasten werden unbedenklich aufgebürdet; Lohnerhöhungen, Achtstundentag werden als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet; die Sozialdemokratie würde aber der Industrie durch ihre ablehnende Haltung in der Völkerbundsfrage verwehren, sich in einer neuen Welt der wirtschaftlichen Tatsachen einen Platz zu sichern, um mit ihrer Produktion unter einigermaßen erträglichen

Bedingungen auf den Weltmarkt hinaustreten zu können. Die durch die Kriegsfolgen ungeheuer gesteigerten Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, die Transportschwierigkeiten, der Rohstoffmangel, der Valutatiefstand scheinen für die orthodoxe Sozialdemokratie gar nicht zu bestehen.

Aber nicht nur die orthodoxe Sozialdemokratie ist mit Blindheit geschlagen, sondern auch jene bürgerlichen Kreise, die aus irgend einem Doktrinarismus, einer Verstimmung heraus den Beitritt ablehnen und behaupten, die Schweiz könne wirtschaftlich auf sich selbst angewiesen bleiben, sie brauche nicht in dem Bund zu sein. Bundesrat Schulthess hat am radikalen Parteitag in Olten ein solches Raisonnement treffend ad absurdum geführt. Was *wir* wollen, meinte er, sei nicht ausschlagend, es komme darauf an, was *die Anderen* wollen. Unsere Gegner tun wahrhaftig so, als ob die Schweiz noch jenes behagliche, idyllische Bauernland wäre, als ob nicht jene gewaltige industrielle Revolution über unser Vaterland gegangen wäre, die William Rappard wirtschaftshistorisch so glänzend geschildert hat.

An die Entwicklung unserer Industrie, an ihr Blühen und Gedeihen ist aber auch die sozialpolitische Reform gebunden. Eine niedergehende Industrie erträgt soziale Lasten nicht. Die Meinung, dass die schweizerische Industrie auf dem Weltmarkte gleichsam Monopolstellung habe, ist irrig. Man lese Jenny's Geschichte der glarnerischen Industrie und man wird wohl eines anderen belehrt werden. Man beobachte sodann den immer größeren Umfang annehmenden Expatriierungsprozeß in der schweizerischen Industrie, vor allem der Textilindustrie. Selbst wenn wir im Völkerbund sind, dürfte der wirtschaftliche Kampf für die Schweiz gerade schwer genug werden. Man denke an die noch bedeutend gesteigerte Konkurrenz gegenüber der Vorkriegszeit, an das noch manche Jahre bestehende Valutahindernis im Export (die schweizerische Mustermesse dieses Jahres zeigte die ganze Größe dieser Gefahr für unseren Export), die Nationalisierungs- und Verselbständigungstendenzen in den früheren kriegführenden Ländern. Die Gegner des Völkerbundes tun so, als ob die Kontinuität unserer Handelspolitik sich ganz von selbst verstände. In Tat und Wahrheit liegen aber die Dinge ganz anders. Fast alle Handelsverträge mit den ausländischen Staaten sind gekündet; unser Export ist wie in der

Kriegszeit an Kontigente und Einfuhrbewilligungen gebunden. Wir wissen nicht, welche Richtung die Handelspolitik auch im Völkerbund nehmen wird. Eugen Großmann hat mit Recht betont (*Neue Schweizer Zeitung* vom 11. November 1919), dass sich in den nächsten Jahren die Handelspolitik weit weniger um Meistbegünstigungsklauseln und Zolltarifansätze drehen wird als um Warenmengen, die geliefert, beziehungsweise zugelassen werden. Mir scheint auch, dass unsere Gegner die Möglichkeit vollständig außer Betracht lassen, dass, wie das die Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 vorsah, es im Völkerbund sehr wohl zu einer zollpolitischen Vorzugsbehandlung kommen könnte.

Die Verkehrs- und Schiffahrtsfragen, die von ebenso großer Bedeutung sind, wie die handelspolitischen, finanziellen und Valutafragen, kann ich hier nicht zur Erörterung bringen. Auch hier trifft in hervorragendem Maße zu, was der Bundesrat in seiner Botschaft (Seite 73) über den Fall des Nichtbeitrittes sagt, dass er auch auf den Abschluss verkehrspolitischer Abkommen einwirken würde, ferner was Fritz Fleiner (*Die Schweiz und der Völkerbund,* Seite 20) betont, dass die Schweiz aus der großen internationalen Linie herausrücken würde, da die Leitung aller internationalen Aufgaben und die zukünftige Führung im internationalen Verkehr an den Völkerbund übergeht. Die Gegner des Völkerbundes, die aus der Rheinschiffahrtsfrage für ihre Zwecke Kapital schlagen, verschweigen, dass Artikel 355 des Versailler Friedensvertrages uns die Gleichstellung mit den anderen Uferstaaten bei der Verwaltung des Rheins gebracht hat.

Das sind in Kürze zusammengefasst die Hauptmomente, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus den Beitritt zum Völkerbund zu einer *conditio sine qua non* eines weiteren wirtschaftlichen Aufschwunges der Schweiz machen. Mit der ruhigen Weiterentwicklung der schweizerischen Wirtschaft, mit der ungestörten Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, der gesicherten Absatzmöglichkeit und der billigen Behandlung der Schweiz innerhalb eines Bundes, der den größten Teil der Welt umfasst, ist auch die Zukunft unserer Sozialpolitik aufs innigste verknüpft. Die Schweiz ist entschlossen, den Weg einer entschiedenen Sozialpolitik weiter zu betreten und auch ihrerseits die Konsequenzen aus dem Kriege zu ziehen. Die Abstimmung über das Bundesgesetz über die Ordnung des Arbeits-

verhältnisses, hat gezeigt, dass trotz der Taktik des linken Flügels der sozialdemokratischen Partei, eine an Mehrheit grenzende, gewaltige Minderheit des Schweizervolkes zu positiver, einschneidender, sozialpolitischer Reform bereit ist. Diese Reform ist aber nur möglich, wenn unserer Industrie die Tore weit geöffnet bleiben; ohne Völkerbund wird es für unseren Absatz erheblich schwerer sein.

Theodor Curti sagte einmal im Nationalrat, wir hätten keine Steuermänner mehr, sondern nur noch Ruderer. Man wird unwillkürlich an diesen Ausspruch erinnert, wenn man sehen muss, mit welchem Doktrinarismus gewisse Politiker und Führer des Volkes an eine Frage herantreten, die von ausschlaggebender Bedeutung ist für unsere Stellung in der Welt als älteste Demokratie und als Wirtschaftsstaat. Da zeigt es sich, wie sehr die sogenannte Gemeinderatspolitik selbst Männer von Wert daran hinderte, in dieser Schicksalstunde des Vaterlandes sich in europäische Vorstellungen einzuleben und großen Herzens Anteil an der Pazifizierung der Welt und an dem wirtschaftlichen Aufbau zu nehmen.

Die Erwägungen rein wirtschaftlicher Natur müssen wohl ebenso zwingend zum Anschluss an den Völkerbund führen wie diejenigen politischer, ethischer und moralischer Natur. Wenn mehrere Volkswirtschafter sich gedrängt sehen, in Volksversammlungen und Presse diese spezielle Seite des Problems besonders hervorzuheben, so geschieht es aus der drückenden Sorge heraus, dass das Schweizervolk an den wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Ablehnung des Beitrittes ganz besonders schwer tragen müsste. Das hat also mit Realpolitik in diesem Falle nichts zu tun. Die Realpolitiker waren im Jahre 1915—1917 unter jenen zu finden, die sich keine Rechenschaft über die Folgen eines allfälligen Sieges des preußischen Militarismus für unsere schweizerische Demokratie gegeben haben und für die der Ausgang der Marneschlacht nicht das Morgenrot einer befreienden Zukunft bedeutete.

ZÜRICH PAUL GYGAX

□□□

Ne dites pas: il fait mauvais temps, disait G. B., dites: il pleut.

Je partage en plein son sentiment et je me garderais comme d'un blasphème d'un mensonge, de dire que je suis malheureux, mais je puis dire actuellement: Je souffre, je souffre beaucoup. FÉLIX BOVET, *(Pensées)*.

□□□